



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/138

Hannover, 13. November 48

Warnung oder Auftakt

P.R. Absolute Diszipliniertheit und Geschlossenheit waren die Hauptkennzeichen der 24-stündigen Arbeitsruhe am 12. November. Nirgends ist es zu Demonstrationen oder gar Ausschreitungen gekommen und praktisch ist die Aufforderung der Gewerkschaften zu hundert Prozent befolgt worden. Diese beiden Tatsachen zeigen klar, dass die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft heute ein Faktor ist, dessen berechnete Wünsche man auf die Dauer nicht einfach ignorieren kann. Sie beweisen aber auch, dass die Gewerkschaften sich ihrer Macht zwar mit allem Nachdruck, aber ohne die Anwendung irgendwelcher exzessiver Massnahmen bedienen wollen.

Es ist bedauerlich, dass heute noch an einigen der massgebendsten Stellen der deutschen Verwaltung dafür offenbar nicht das geringste Verständnis besteht. Kaum jemals zuvor in den vergangenen drei Jahren ist das wohl deutlicher geworden als in der Rundfunkansprache, die Oberdirektor Pünder am Abend des 12. November hielt. Nach ihm trat Hans Böckler für die Gewerkschaften vor das Mikrophon. Pünder sprach mit der ganzen Anmassung eines Mannes, der sich Kritik vor allem dann verbittet, wenn sie nicht bei Worten stehen bleibt, um die man sich nicht zu kümmern braucht. Er fand kaum Worte des Verständnisses für die Motive des gewerkschaftlichen Entschlusses, zeigte nur Ablehnung, Verachtung und Überheblichkeit.

Seine beiden Hauptgesichtspunkte waren der Hinweis auf den Produktionsausfall und auf den demokratischen Auftrag der Mehrheit im Wirtschaftsrat. Den Beschluss zur Arbeitsruhe nannte er ein gefährliches undemokratisches Manöver. Böckler dagegen blieb vom Beginn bis zum Schluss ruhig und überlegen, aus jedem seiner Worte klang wärmste Anteilnahme für das persönliche Schicksal der Menschen, für die er sprach. Nichts von Gerichtheit, zu der er gewiss

allen Anlaß gehabt hätte. Zwei Männer waren vor der breitesten Öffentlichkeit aufgetreten, die sich in ihrer Art als vorzügliche Repräsentanten zweier entgegengesetzter Auffassungen vom Wesen und Auftrag der Wirtschaft und ihrer Verpflichtung gegenüber dem einzelnen Menschen erwiesen.

Zu Pinders Hauptargument: 300.000 t Kohle (von allen anderen abgesehen) sind keine Kleinigkeit. Das wissen am besten die, die sie aus der Erde herausholen und die sich das nicht von Herrn Pinder bescheinigen lassen müssen. Aber was an diesem einen Tage an materiellen Werten verloren ging, wiegt federleicht gegenüber der psychologischen Schuld, die die Herren in Frankfurt durch ihre herausfordernde Politik in der deutschen Verbraucherschaft angerichtet haben. Und sie wiegt federleicht auch gegenüber der Unsumme statistisch nicht erfaßbaren Werte, die auf dem Wege des Preiswuchers den hart Arbeitenden entzogen wurden und täglich entzogen werden.

Zum Argument der angeblich durch die Gewerkschaften sabotierten demokratischen Legitimation: der Wirtschaftsrat setzt sich aus Abgeordneten von Länderparlamenten zusammen, die zum Teil auf ein oder zwei Jahre vor den freiwirtschaftlichen Ausschreitungen der Erhard'schen Politik gewählt wurden. Die Gewerkschaften aber sind die direkten Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung, die die Pflicht haben, aktiv zu werden, wenn diese Interessen rücksichtslos mißachtet werden. Wie weit die Preispolitik des Wirtschaftsrates die Zustimmung der Bevölkerung findet, könnte nur eine Abstimmung zu diesem Punkt ergeben. Dann würde sich zeigen, wie es mit der Legitimation Dr. Pinders und seiner Freunde steht.

Die totale Arbeiterruhe war eine dringende Warnung an gewisse Kreise der Wirtschaft und der politischen Wirtschaftsführung, auf dem bisherigen Wege fortzufahren. Sie sollte zeigen, daß man nicht willt ist, sich auf die Dauer mit Zusagen, Leitsätzen und Preisspiegelfechtereien an die Wand drücken zu lassen. Hoffentlich wird sich doch die Einsicht in die Notwendigkeit einer gründlichen Änderung der Verhältnisse alsbald durchsetzen, damit nicht aus der Farnung vom 12. November ein Auftakt für weitere Aktionen zu werden braucht.

Um die Niederlassungsfreiheit für Ärzte

Von Staatsminister Alfred Kubel, Hannover

Am 9. November 1948 hat das Niedersächsische Staatsministerium eine Gesetzesvorlage des Ministeriums für Arbeit, Aufbau und Gesundheit verabschiedet, dessen erster Paragraph lautet: "Im Lande Niedersachsen ist die Niederlassung für Ärzte, Zahnärzte und Dentisten frei". Zu diesem Gesetz, das jetzt dem Landtag zugeleitet wird, dürfte es in den betroffenen Fachkreisen viel für und Wider geben. Zunächst, so wird man einwenden, sei es zwar gut, auf dem Gebiete des "Aurierens" wieder die Freiheit einzuführen, die das Nazireich neben allen wesentlichen anderen Freiheiten ausgelöscht hat, aber es wäre weit besser, diese Freiheit gleichzeitig in allen deutschen Ländern wiederherzustellen. Andernfalls wirke das Land, daß mit der Wiederherstellung dieser Niederlassungsfreiheit voranginge, wie ein trockener Schwamm, der aus den anderen Ländern und Zonen die beschäftigungslosen Ärzte aufsauge. (Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß diese Argumentation aus Kreisen kommt, die sonst etwas von "freier Wirtschaft" halten). Das Argument ist natürlich richtig. Aber der Jungarzt und der vertriebene Arzt waren bislang dreifach daran gehindert, sich eine eigene Existenz aufzubauen. Erstens ist es überaus schwer, eine Wohnung und geeignete Praxisräume zu bekommen. Zweitens gemißt es für den Arzt im allgemeinen nicht, die Genehmigung zur Niederlassung zu bekommen, er muß zur Sicherung seiner Existenz auch noch die Zulassung zu Krankenkassen haben. Es wäre zu überlegen, ob das bisherige System der Zulassung zufriedenstellend arbeitet. Bisweilen werden kritische Bemerkungen laut, daß dabei den berufsständischen Organisationen der Ärzte zuviel Einfluß gegeben sei. Solche Bemerkungen sind immerhin berechtlich. Wenn den Krankenkassen (ebenso wie der Altersversicherung und der Arbeitslosenversicherung) demnächst die echte Selbstverwaltung wiedergegeben wird, werden die neuen Verwaltungsgeräte gut daran tun, manches zu reformieren. Dazu kommt heute noch die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit, und es will uns scheinen, als sei das das Bösen etwas zu viel.

Der einmal in der Lage war, die Gesetzgebung der deutschen Länder zu koordinieren, der wird wissen, daß das der Quadratur des Kreises nahekommt. Bei diesem Gesetz ist nun das Eigenartige, daß alle Länder grundsätzlich dem Inhalte zustimmen. Württemberg-Baden hat die Niederlassungsfreiheit bereits eingeführt. Andere Länder schreiben auf unsere Briefe, es wäre besser,..... wenn solche Gesetze gleichzeitig erlassen würden. - Niedersachsen sollte dem Beispiel Württemberg-Badens folgen, denn jedes Land, das sich diesem Vorgehen anschließt, macht den "trockenen Schwamm" größer.

Zudem gibt es ein praktisches Beispiel für die Wirksamkeit der ersten beiden oben genannten Punkte. Im Landesteil Oldenburg besteht die Niederlassungsfreiheit bereits seit dem 31.12.1946. Oldenburg ist dennoch keineswegs mehr überbesetzt als andere Gebiete Niedersachsens auch.

Weiterhin wird eine Verproletarisierung des Arztstandes durch Übersetzung befürchtet. Dazu ist einiges zu sagen. Wenn die Kraft der "freien Wirtschaft" nicht ausreicht, ihre eigenen Mängel zu heilen - etwa dadurch, daß eben weniger Menschen den geringeren Chancen bietenden Arztberuf ergreifen, oder weiter ausüben werden - dann muss ernsthaft erwogen werden, die Zahl der zum medizinischen Studium zugelassenen Studenten vorübergehend zu beschränken. Im übrigen glaube ich, dass Standesorganisationen, je mehr sie von der Aufgabe, Niederlassungsanträge und Kontingentsanträge etwa für Verbandstoffe usw. zu bearbeiten, befreit werden, umso mehr Aussicht haben, ihre Kraft mit Erfolg auf die Ausbildung und berufliche Überwachung ihrer Mitglieder anwenden zu können.

Es ist sicher, dass immer, wo größere Freiheit gegeben wird, sorgfältig darauf geachtet werden muss, dass diese Freiheit nicht zum Schaden des Allgemeinwohls missbraucht wird. Die Gesundheitsbehörden werden das beachten. Über allem Tür und Fuder steht die Tatsache, dass dieses Gesetz Hunderten von Jungärzten und vertriebenen Ärzten keine Chance mehr bietet, ihr Können im Dienste der Volksgesundheit zu beweisen. Das peinliche Misstrauen der "Arztenden gegenüber den "Niedergelassenen" hat eine Reibungsfläche weniger, wenngleich nicht unerwähnt bleiben soll, dass die Mehrzahl derer, die in der letzten Zeit die Niederlassungsgenehmigung erhalten haben, von vertriebenen Ärzten gestellt wurde.

Mao Tse - tungs Rezept

sp. Worin liegt die Kraft der Kommunisten in China, die sich anschicken, trotz zahlreicher Unterlegenheiten und schlechter Ausrüstung ganz Nordchina in ihre Hand zu nehmen? Die militärischen Erfolge liegen natürlich in erster Linie an der Truppe selbst. Besonders die unteren Führer der kommunistischen Verbände sind begeisterte und einsetzbereite Soldaten, die an strenge Disziplin gewöhnt sind. Und die obere Führung hat es verstanden, eine Taktik zu entwickeln, die, unter Vermeidung grösserer Schlachten, örtliche Überlegenheit ausnutzt und sehr beweglich in ihrem Einsatz ist. Weitere Kennzeichen der kommunistischen Truppenteile sind noch ausgezeichnete Kameradschaft und gleichbleibende Zähigkeit im Einsatz und bei grossen Strapazen.

Aber die soldatischen Eigenschaften sind nicht der tiefste Grund für die stete Vergrösserung des kommunistischen Gebietes und Verstärkung der kommunistischen Armee. Das Mittel, mit dem sich die Kommunisten die Massen erobern, ist ihre Agrarreform. Von der 450-Millionen-Bevölkerung Chinas sind etwa 80 Prozent Bauern. Aber nur ein geringer Teil von ihnen besitzt selbst Boden. Etwa 70 Prozent des anbaufähigen Landes gehört Grossegrundbesitzern und -pächtern, die aber nur rund zehn Prozent der Landbevölkerung bilden.

Sie haben große Teile ihrer Ländereien an die Bauern verpachtet, die dadurch von ihnen abhängig und durch Mißernten oder mangelnde Rentabilität ihrer Wirtschaft stark verschuldet sind. So war die Bodenreform schon seit langen ein Programmpunkt der Parteien. Keine aber ging so radikal vor, wie die Kommunisten. Nicht nur die Grundbesitzer wurden enteignet, sondern auch die Kirchen, Schulen und sonstigen Institutionen, die über Ländereien verfügen. Die Schulden der Bauern werden gestrichen. Die Aufteilung des Landes erfolgt nach dem Grundsatz, daß die Dorfbevölkerung unabhängig von Geschlecht und Alter, den gleichen Anteil erhält. Ebenso geschieht es mit dem Vieh, dem landwirtschaftlichen Inventar, den Bauten usw., die den Großgrundbesitzern gehören. Die so bedachten Bauern entsenden gern ihre Söhne in die Armee der Kommunisten, die ihnen den erlangenen Besitz sichern soll. Zudem erhalten auch alle Offiziere und Soldaten der Armee ihren Anteil bei der Landaufteilung und sogar die Soldaten, die von den Nationalarmeen zu den Kommunisten überlaufen. Das Land geht in ihr Eigentum über, wird also entgegen der bolschewistischen Doktrin nicht Staats- oder Gemeinschaftsbesitz. Wie lange die Verhältnisse so bleiben, ist eine andere Frage. Die Kommunisten nutzen eben geschickt die Vergeßlichkeit der Menschen aus. Schon in Rußland machten sie vor 31 Jahren ihre Revolution, indem sie den Bauern eigenes Land versprachen, um es dann nach 10 Jahren zu verstaatlichen.

Auch sonst vermeidet Mao Tse-tung, der Diktator des kommunistischen Chinas, seine Landleute durch starre kommunistische Wirtschaftspraktiken vor den Kopf zu stoßen. Dem Konservatismus des Volkes wird weitgehend Rechnung getragen und alte Traditionen werden möglichst beibehalten. Mao Tse-tung gibt vor, daß er den Mittelstand fördern und eine echte Demokratie aufbauen will. Anfang September würde sogar eine Regierung gebildet, die sich schon als Vorläuferin einer künftigen "Volksregierung für ganz China" bezeichnete. Doch besteht sie nur aus Kommissaren, und von einer Wahl spricht niemand. In der Selbständigkeit Mao Tse-tungs liegt für Moskau natürlich auch eine Gefahr, daß nämlich, an Freiheiten gewöhnt und stolz auf seine Leistungen, seinen eigenen Kurs im Aufbau seines kommunistischen Staates beibehält. Ein Tito Ostasiens hätte wohl noch größere Möglichkeiten, seine Unabhängigkeit zu wahren, als der abtrünnige Herrscher auf dem Balkan. A.W.

Gottwalds Mitarbeiter schwänzen

sp. Die Arbeitsfreudigkeit in der "volksdemokratischen" Tschechoslowakei nimmt ständig ab. Jede Kohlengrube im Mähr-Ost-rauer Revier hat einen Beamten angestellt, der nichts anderes zu tun hat, als auf einem Motorrad täglich eine Kontrollrunde zu den Bergarbeitern zu fahren, die sich krank gemeldet haben. Daneben läuft die übliche Kontrolle der Krankenkassen.

"100 der hübschesten Offiziere"

sp. Die Anbiederungsversuche Francos an die Vereinigten Staaten häufen sich mit der Zuspitzung der internationalen Lage; mitunter gleiten sie ins Groteske ab, solcherart die Situation zwischen dem autoritären Spanien und den demokratischen USA besonders beleuchtend.

Auf eine geheime Anordnung Francos werden zur Zeit 100 der "intelligentesten, hübschesten jungen Offiziere" aus allen spanischen Regimentern herausgesucht. Sie sollen in den USA in moderner Taktik unterrichtet werden und müssen sich "in höchster Vollendung vorbereiten". Die Ausgewählten bekleiden ausschließlich hohe militärische Ränge und gehören durchwegs der spanischen Aristokratie an. Sie müssen ein perfektes Englisch sprechen und gesellschaftlich "top-fit" sein, schließlich müssen sie gute Tänzer und Tennisspieler sein. Ob sie vor ihrer Abfahrt nach Amerika einem besonderen psychotechnischen Kurs für die Behandlung von Dollarprinzessinnen unterworfen werden, ist nicht gesagt worden.

Franco hat es eilig. #ugenscheinlich will er keine Zeit verlieren, um diese "super-de-luxe"-Gesellschaft in Truman's Reich zu senden. Moderne Taktik zu erlernen, scheint nach den gestellten Bedingungen der Auslese nur eine Sache am Rande zu sein. Wer seither schon der Meinung war, daß Franco zu den Dummsten nicht zu zählen ist, der wird durch dieses Raffinement einer Gesandtschaft zur Eroberung spanischer "Stützpunkte" in US-Frauenherzen in seiner Meinung noch bestärkt.

Ergänzend dazu meldet der "Daily Express", daß die spanische Luftwaffe in einem Tempo entwickelt würde, das einen Hermann Göring vor Neid erblassen ließe. Ein riesiger Militärflughafen wird in der Nähe von Barajas, dem Flughafen Madrids, unter Masseneinsatz von 10 000 Arbeitskräften buchstäblich aus dem Boden gestampft. Barajas ist der günstigst gelegene Flughafen Europas, da er das ganze Jahr nebelfrei ist. Die zwei längsten und breitesten Startbahnen Europas sind gerade fertiggestellt worden, jederzeit geeignet, fliegende Superfestungen aufzunehmen.

Der patentierte Nationaldemokrat

sp. Die Nationaldemokratische Partei der Ostzone braucht Aushängeschilder. Man kann nicht bloß linientreue SED-Größen in die Führung der NDP abkommandieren, sondern auch solche Leute, die nicht von vornherein als SED-Misten abgestampelt sind, also bisher parteilose, quasi "geborene Nationaldemokraten". Aber linientreu müssen diese Leute natürlich auch sein.

In der neuen Landeshauptstadt Sachsen-anhalts, Halle a/S., brauchte man nicht lange nach einem solchen Mann zu suchen.

Stadtbaurat Dr. Ing. Heilmann, war von vornherein die gegebene Figur für einen solchen Marionettenposten.

Heilmanns Sohn war von den Nazis ermordet worden. Das hinderte Heilmann nicht, Mitglied der NSDAP zu werden. Nach dem Zusammenbruch 1945 trat er in die Liberaldemokratische Partei ein. Aber seine eigenen Parteifreunde waren ihm durchaus nicht wohlgesonnen. Die größten Widerstände in seinem Amt als Stadtbaurat fand er ausgerechnet in den Reihen der LDP. Seine Neigung zur SED war zu offenkundig. Das in ihn gesetzte Mißtrauen rechtfertigte Heilmann bei den Wahlen im Herbst 1946. Er trat auf Drängen der SED mit großem Tam-Tam und einer pathetischen öffentlichen Erklärung, die die SED-istische "Freiheit" kurz vor der Wahl groß herausbrachte, aus der LDP aus. (Oberbürgermeister Mertens, der später von Jena nach dem Westen floh, lehnte es zu gleicher Zeit ab, sich in dieser Form wie Heilmann als "Schießbudenfigur" von der SED mißbrauchen zu lassen). Heilmanns Söldnerdienst brachte aber nicht den gewünschten Erfolg; die SED wurde von der LDP überrundet. Aber Heilmann hatte seinen letzten Rest von Prestige bei der hallischen Bevölkerung eingebüßt.

Als daher die Nationaldemokratische Partei von SED's Gnaden auch in Halle aufgezogen wurde, entsann man sich jenes Heilmanns. Er sagte sofort "Ja". Und nun hat man in der Landeshauptstadt Halle a/S. für die NDP jene politische Marionette, die man braucht. Kein Mitglied der SED, aber doch zuverlässig (in der Ausführung erteilter Befehle). Allerdings, viel Erfolg hatte dieses Manöver nicht, denn Heilmann war der Bevölkerung von Halle bereits zur Genüge bekannt.

Spezialarbeiter werden in Rußland zurückbehalten

sp. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober betrug die Anzahl der aus russischer Kriegsgefangenschaft in die britische Zone entlassener Heimkehrer etwa 6 250 Mann. Die meisten dieser Heimkehrer sind immernoch krank oder arbeitsunfähig.

Ganz selten treffen Heimkehrer ein, die in Rußland in technischen Betrieben als Spezialisten gearbeitet haben. Im allgemeinen werden diese Spezialarbeiter noch nicht entlassen. Bis zum 1. Dezember ds. Js. sollen nach übereinstimmenden Aussagen alle kranken und arbeitsunfähigen Kriegsgefangenen entlassen werden. Über die Entlassung der Spezialarbeiter wurde noch nichts veröffentlicht.

In der letzten Zeit wurde auch eine ganze Anzahl ehemaliger deutscher Stabsoffiziere, ältere Jahrgänge, die in Sowjetrußland vom Arbeitseinsatz befreit waren, entlassen.